

ERHARD EPPLER

Rede zum 100-Jahr-Jubiläum des sozialistischen Friedenskongresses in Basel

Basel, 24. November 2012

Anrede

Ich bin mir der Ehre bewusst, hier, im Münster zu Basel, reden zu dürfen, an einem Ort, in einer Kirche, in der vor bald 600 Jahren die Theologen des Abendlandes über die Zukunft ihrer Kirche berieten, in der Erasmus von Rotterdam aus- und einging und wo vor nicht allzu langer Zeit der – zumindest für den deutschen Protestantismus – wichtigste Theologe des 20. Jahrhunderts gepredigt hat: Karl Barth. Und in dieser Kirche darf ich heute als Politiker reden, weil hier schon vor hundert Jahren Sozialdemokraten aus ganz Europa mit Zustimmung der politisch und kirchlich Zuständigen vor dem großen Krieg warnen durften, weil sie hier in Basel darüber beraten konnten, was sie, die Sozialisten, gegen das tun konnten, was dann ganze 20 Monate danach, über Europa hereinbrach. Mancher von den führenden Männern und den mutigen Frauen, die hier zusammenkamen, haben wohl geahnt, gegen welche gewaltige und gewalttätige Front aus Chauvinisten und irregeleiteten Patrioten sie da anrannten. Der bedeutendste der Redner hier im Münster, Jean Jaures, wusste allerdings noch nicht, dass er das erste von Millionen Opfern werden sollte.

Die Delegierten, die hier vor hundert Jahren zusammenkamen, standen unter dem Eindruck einer unmittelbaren Kriegsgefahr. Durch ein Eingreifen Russlands oder Österreich-Ungarns in den Balkankrieg drohte schon das, was dann knapp zwei Jahre danach Wirklichkeit wurde.

Das sind nicht die Sorgen, die uns heute umtreiben. Ich komme aus einem Land der Europäischen Gemeinschaft, das, zum ersten Mal in seiner Geschichte, fast nur noch von Verbündeten umgeben ist und das sich auch von dem Staat im Süden, der nicht zum NATO-Bündnis gehört, nicht bedroht fühlt.

Wer selbst noch als ganz junger Soldat das letzte Jahr des Zweiten Weltkriegs überlebt hat, wird seinem Gott jeden Tag dafür danken, dass die Nationen Europas sich in der Europäischen Union zusammengefunden haben und dass heute keiner der europäischen Nationalstaaten noch in der Lage wäre, den anderen zu überfallen. Ich füge hier noch hinzu, dass ich zu einer Generation gehöre, die unendlich erleichtert war, als Boris Jelzin und Helmut Kohl zusammen in die Sauna gingen und als Wladimir Putin mit Gerhard Schröder im Schlitten spazieren fahren. Und ich gehöre sogar zu denen, die daran zweifeln, dass ausgerechnet wir Deutschen dazu berufen sind, den Russen Demokratie beizubringen.

Damit habe ich schon angedeutet, dass, was uns heute beruhigt, was uns freut und dankbar macht, immer noch zerbrechlich ist. Das gilt nicht nur für das Verhältnis zu Russland.

Ich habe meine Zweifel, ob ein Europa lebensfähig und friedensfähig bleiben kann, wenn die Regierungschefs der einzelnen Nationalstaaten alles tun, um ihren Wählern berichten zu

können, wie wenig sie für dieses Europa bezahlen mussten und wie viel sie in Brüssel für die eigene Nation herausgeschlagen haben. Wer Europa will, darf nicht zuhause auf den nationalen Egoismus setzen, noch weniger auf nationalistische Ressentiments. Wenn ein deutscher Parlamentarier den – ach so faulen – Griechen rät, sie sollten doch einfach ihre vielen Inseln verkaufen, dann darf man sich nicht wundern, wenn bei Demonstrationen in Athen Frau Merkel in NS-Uniform auftritt. Natürlich ist beides Unfug. Aber es zeigt, was sich da hochschaukeln kann. Dies ist nicht der Ort, um vor über die richtige Europapolitik zu streiten. Aber doch ein Ort, um vor der ganz und gar falschen zu warnen. Ohne ein Mindestmaß an Solidarität zwischen den Nationen wird es nicht gehen. Und Solidarität entsteht nicht ohne Respekt voreinander. Dazu gehört auch der Respekt der wirtschaftlich Erfolgreicheren vor den weniger Erfolgreichen. Wer ein demokratisches Europa will, darf sich auch nicht daran gewöhnen, dass die Richtlinien der spanischen, portugiesischen, griechischen Politik von ein paar ökonomischen Technokraten außerhalb des Landes festgelegt werden. Und wer dieses demokratische Europa will, darf auch auf Dauer nicht hinnehmen, dass über die Tagesordnung der europäischen Politik auf den Finanzmärkten entschieden wird. Wer jetzt die marktkonforme Demokratie ansteuert, hat Europa schon aufgegeben. Wir brauchen den demokratiekonformen Markt. Und den erreichen wir nicht mehr über die Nationalstaaten, sondern nur noch über ein Europa, wo genau dies zum gemeinsamen politischen Ziel wird.

Ich glaube auch nicht, dass man den nationalen Parlamenten zumuten kann, immer mehr Kontrollrechte nach Brüssel zu verlagern, wenn die Parlamentarier, zumal im Süden des Kontinents, ihren Wählern nicht erklären können, was sie davon haben. Es stimmt, dass eine Haftungsgemeinschaft für die Schulden der Einzelstaaten nur möglich ist, wenn es gemeinsame Regeln für die Haushalte gibt. Aber umgekehrt stimmt es auch, dass gerade die ärmeren Länder sich auf solche harten Regeln nur festlegen lassen, wenn irgendwo am Ende des Tunnels das Licht einer Haftungsgemeinschaft erkennbar wird. Was in diesen Tagen im Süden des Kontinents brodelte, muss uns zu denken geben. Es war die unantastbare Hegemonie marktradikalen Denkens, das die Europäer dazu verführt hat, ihren Verträgen das Prinzip des Wettbewerbs, auch zwischen den Staaten, zugrunde zu legen. Aber wenn nun in der Krise nicht der Wettbewerb, sondern eine Solidarität gefragt ist, die in den Verträgen gar nicht vorkommt, dann ist mehr Umdenken nötig, als gegenwärtig erkennbar ist. Die Budgetverhandlungen für 2013 und die Finanzplanung für die folgenden Jahre werden uns, so fürchte ich, zeigen, wo wir stehen. Trotz allem, was mich beschwert, hoffe ich, dass die Europäische Union überlebt. Und überleben kann sie nur, wenn der nationale Egoismus nicht mehr geschürt wird, wenn auch Regierungschefs wagen, von europäischer Solidarität zu reden.

Die Basler Freunde, die mich zu dieser Rede aufgefordert haben, haben wahrscheinlich verfolgt, wie ich seit dem Ende des Kalten Krieges immer entschiedener die These vertrete, dass das 21. Jahrhundert weit weniger als das zwanzigste gefährdet sein wird durch Staaten, die nach innen allzu stark und autoritär sind und sich daher nach außen Kriege leisten können, sondern eher durch schwache, zerfallende Staaten, die ihr Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen können und dem nicht mehr Einhalt gebieten können, was ich die Privatisierung

und die Kommerzialisierung der Gewalt nenne. Heute, im Jahr 2012, gibt es auf dieser Erde keinen einzigen Krieg zwischen Staaten, aber sehr viel Gewalt innerhalb von Staaten – soweit von Staaten überhaupt noch geredet werden kann. Dabei meine ich jetzt nicht zuerst das, was in Syrien sich abspielt. Das ist, soweit Europäer es einschätzen können, ein klassischer Bürgerkrieg, bei dem es um die Macht in Damaskus geht. Was allerdings den syrischen vom spanischen Bürgerkrieg der Dreißigerjahre unterscheidet, ist die Ungewissheit, wessen Gewaltmonopol denn das der jetzigen Herrscher ablösen soll. Das der äußerst brutalen, oft von weither angereisten Kämpfer, die der Regierungstruppen auch deshalb nicht Herr werden, weil ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung ihnen misstraut? Oder das der Exilsyrer? Welcher Gruppe der Opposition? Am wahrscheinlichsten finde ich, dass, auch wenn Assad verschwände, die Gewalt zwischen den verfeindeten Gruppen und Konfessionen noch lange weiterginge. Wenn die Gewalt sich einmal entstaatlicht, privatisiert, dann lässt sich dies nicht auf Kommando rückgängig machen.

Dass Kriege zwischen Staaten seltener werden, hat auch mit dem zweiten Irakkrieg zu tun. Es war wohl der dümmste Krieg der amerikanischen Geschichte. Er hat bewiesen, dass man militärisch einen Krieg haushoch gewinnen, aber gleichzeitig politisch, ökonomisch, finanziell, vor allem aber moralisch glatt verlieren kann. Die Vereinigten Staaten sind durch diesen Sieg deutlich schwächer geworden. Die Musterdemokratie, die der jüngere Bush auf der tabula rasa des Irak errichten wollte, wird nicht kommen, und die Regierung, welche die Amerikaner einsetzen mussten, weil sie auf die Kräfteverhältnisse im Irak Rücksicht nehmen wollten, flirtet inzwischen mit den Glaubensbrüdern im Iran, dem Hauptfeind der USA. Im Übrigen ist diese Regierung weit davon entfernt, nach Abzug der Amerikaner ein staatliches Gewaltmonopol erzwingen zu können. Der eigentliche Sieger könnte die entstaatlichte Gewalt der Milizen und der bewaffneten Fanatiker sein. Der Irakkrieg könnte sogar solche Politiker von kriegerischen Abenteuern abhalten, die für Pazifisten nur Verachtung übrig haben. Schon bisher war ein Krieg ein Risiko. Man konnte ihn auch verlieren. Was aber, wenn sogar der gewonnene Krieg eine höchst riskante Angelegenheit wird? Wenn man ein Chaos produziert, dessen man nicht mehr Herr wird und dem man dann so rasch wie möglich entkommen muss? Und ohne Gesichtsverlust nicht entkommen kann?

Die Entstaatlichung, Privatisierung und – etwa im Drogenkrieg – auch Kommerzialisierung der Gewalt muss nicht durch einen Krieg zwischen Staaten entfesselt werden. In Mexiko sterben gegenwärtig mehr Menschen durch organisierte Gewalt als in Afghanistan, wo doch angeblich Krieg geführt wird. In den letzten 5 Jahren waren es 40 000 Menschen. Drogenkartelle können es sich leisten, sich gegenseitig abzuschlachten und sich nebenher der Polizei und sogar der Armee zu erwehren. Auch in Sao Paulo fordern die Bandenkriege im Untergrund in einem Monat mehr Opfer, als die europäischen Staaten in Afghanistan an Soldaten verloren haben. Im Ostkongo leiden die Menschen unter einem Gewaltchaos, in dem sie zwischen privatisierter und angeblich staatlicher Gewalt nicht mehr unterscheiden können. Kurz: Die weitaus meisten Gewaltopfer unserer Zeit sterben nicht in Kriegen zwischen Staaten, sie sind Opfer einer wohl organisierten, privat angeheuerten und privat finanzierten Gewalt, die

sich gegen die staatliche wenn nicht immer durchsetzen, so doch meistens behaupten kann. Manchmal gelingt es ihr auch, die staatlichen Organe, zumal die Polizei, zu unterwandern.

Woher kommt diese Gewalt? Warum ist sie jetzt weiter verbreitet, stärker und gefährlicher als im 20. Jahrhundert? Dafür gibt es einen sehr banalen Grund und einen höchst politischen. Der banale ist die moderne Waffentechnik. Noch im Ersten Weltkrieg brauchte man zum Transport und zur Bedienung eines Maschinengewehrs drei stämmige, gut ausgebildete Infanteristen. Heute kann ein Dreizehnjähriger mit einer Kalaschnikow ein Blutbad anrichten. Dass die moderne Waffentechnik handhabbarer, leichter für jedermann zugänglich geworden ist, können wir nicht mehr ändern. Anders sieht es aus beim wichtigeren, politischen Grund: Wo die Gewalt sich privatisiert, hat sich vorher die Gesellschaft gespalten. Das kann religiöse Gründe haben, wie heute in vielen muslimischen Staaten, wo Fundamentalisten ihrer Wahrheit mit Waffen zum Durchbruch verhelfen wollen. Im nicht-muslimischen Raum, also in Europa, Nord- und Südamerika, auch in Teilen Asiens spaltet sich die Gesellschaft zwischen bettelarm und steinreich. Die Slums mancher Großstädte und ihre "Gated Communities", hinter deren elektrisch geladenen Zäunen die Reichen sich einigeln, verbindet nichts mehr außer Furcht und Hass. In den Slums ist es mehr der Hass, in den Zitadellen der Reichen mehr die Furcht. Auf die kriminelle Gewalt aus den Slums antworten die Reichen mit privat angeheuerten und besoldeten Sicherheitsleuten. Wo beide zusammenstoßen, gleichen sich die Methoden des Kampfes rasch an. Die privatisierte Gewalt kennt keine Regeln und meist auch keinen Richter. Alles ist erlaubt, auch das, was Soldaten verboten ist.

Es stimmt, was uns die Marktradikalen sagen: Die völlige, auch ökonomische Gleichheit ist nur gewaltsam, durch Diktatur zu erreichen. Aber genauso richtig ist: Wo die Ungleichheit ein gewisses Maß überschreitet, spaltet sich die Gesellschaft, versagt der Staat und gedeiht die privatisierte, absolut gesetzlose Gewalt.

Sie ahnen schon, was sich daraus ergibt: Im 21. Jahrhundert ist das, was die Sozialdemokraten vor 150 Jahren zusammengebracht hat, die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs, das Streben nach Gerechtigkeit auch im Sozialen, gleichzeitig ein Dienst am Frieden. Nicht an einer sozialen Friedhofsruhe, sondern an einer lebendigen, dynamischen Gesellschaft, die ihre Konflikte zivilisiert austragen kann, weil sie niemanden einfach verenden, verkommen oder verzweifeln lässt, weil sie in einer solidarischen Leistungsgesellschaft jedem und jeder eine Chance gibt, notfalls auch eine zweite und eine dritte, und weil diese solidarische Leistungsgesellschaft langsam zur Bildungs- und Kulturgesellschaft reifen kann.

Sozialdemokraten werden auch im 21. Jahrhundert alles tun, um Kriege zwischen Staaten zu vermeiden. Und sie können dafür mehr tun als vor hundert Jahren, einfach weil sie mehr politischen Einfluss haben. Wo, und sei es im äußersten Zipfel des Globus, Menschen durch angeblich staatliche oder entstaatlichte Gewalt leiden und die Vereinten Nationen eine "responsibility to protect" für gegeben halten, eine Verantwortung für den Schutz, wird jedes Mal gründlich zu diskutieren sein, ob die Völkergemeinschaft versuchen soll, ein neues, legitimes Gewaltmonopol zu errichten. Sie kann zu dem Ergebnis kommen, dass jedes militärische Eingreifen die Leiden der Menschen nur verschlimmert, aber sie kann sich auch davon überzeugen lassen, dass ein Eingreifen eher zu verantworten ist als ein Zusehen. Es stimmt

nicht, dass das Eingreifen oder auch das Zusehen in jedem Fall moralisch höher steht. Man kann durch Eingreifen und durch Zuschauen schuldig werden. Daher müssen wir in jedem Einzelfall darüber streiten, was uns schuldiger macht.

Deutsche Soldaten im Kosovo oder in Bosnien sorgen dafür, dass dort nicht mehr geschossen wird, dass Serben und Kosovaren oder Serben und Bosniaken nicht das Schießen beenden und verhindern. Frieden und Versöhnung schaffen ist Sache der Politik, und wo sie nicht weiter weiß, sind die Friedensstifter, die Pazifisten gefragt. In Bosnien etwa organisieren sie Ferienlager für serbische, kroatische und bosnische-muslimische Kinder, die miteinander spielen lernen, damit sie später miteinander leben und arbeiten können. Als ich vor einiger Zeit einmal über ein solches Ferienlager sprach, meldete sich jemand zu Wort und fragte, ob ich wisse, dass dieses Lager von Soldaten bewacht, vor nationalistischen Fanatikern beschützt werden müsse. Ich wusste es nicht, aber es bestätigte meine Vermutung, dass im 21. Jahrhundert Pazifisten und Soldaten manchmal an einem Strang ziehen müssen. Erst wenn Soldaten das Morden beendet haben, können Pazifisten mit dem beginnen, was Soldaten nicht können. Hier in der Schweiz muss ich nicht umständlich erklären, dass Soldaten allein durch ihr Dasein, ihr keineswegs kriegswütiges Dasein, einem Volk den Frieden bewahren können. Jedenfalls bezweifle ich, ob im 21. Jahrhundert aktive Pazifisten immer Antimilitaristen sein müssen.

Wenn es darum geht zu verhindern, dass eine gespaltene Gesellschaft die privatisierte und kommerzialisierte Gewalt entbindet, entfesselt, können wir Sozialdemokraten auf unsere Tradition zurückgreifen. Ehe die marktradikale Welle vieles von dem weggespült hat, was Sozialdemokraten lieb und teuer war, hat Ralf Dahrendorf uns bescheinigt, wir hätten im Grunde alles erreicht, was wir vernünftigerweise erreichen könnten. Also mache sich die Sozialdemokratie durch ihre Erfolge überflüssig.

Das war ein fataler Irrtum, über den wir mit Dahrendorf, wäre er noch am Leben, heute in Ruhe sprechen könnten. Zum einen hat die marktradikale Welle uns wieder genau an den Punkt gebracht, an dem Ferdinand Lasalle vor 150 Jahren angesetzt hat, als er immer wieder seinen Anhängern einhämmerte, wer den Markt einfach walten lasse, wer die sehr ungleichen Ergebnisse des Marktes auf keinen Fall korrigieren wolle, wer also den Staat, auch den demokratischen, von der Wirtschaft völlig trennen wolle, der spalte die Gesellschaft in Arm und Reich, Mächtig und Hilflos. Genau an dem Punkt sind wir heute wieder. Müssen wir, weil der Markt es so will, für richtig und unantastbar halten, wenn die Vorstandsgehälter und -vergütungen nicht mehr wie vor 40 Jahren, das Fünfzehn- oder Zwanzigfache eines Arbeiter-einkommens betragen, sondern das Hundertfache oder gar das Zweihundertfache? Wenn jemand für eine einfache, aber anstrengende Arbeit so wenig verdient, dass er trotzdem zum Sozialamt laufen muss, weil der Markt eben nicht mehr als 5 Euro die Stunde hergibt, gilt dann der Markt oder (in Deutschland:) die Verfassung, nach der unser Staat der Menschenwürde zu dienen hat? Nein, an klassisch sozialdemokratischen Aufgaben fehlt es nicht. Neu ist nur, dass, wer sich in der Welt umsieht, erkennen muss: Was wir als soziale Aufgabe längst kennen, wird im 21. Jahrhundert zu einer Friedensaufgabe, der wichtigsten schon auf mittlere Sicht.

Ich bin dankbar dafür, dass ich dies in einem der wichtigsten Gotteshäuser Europas sagen darf, in einer Kirche, deren Gemeinde auch am konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung teilgenommen hat. Mit Gerechtigkeit war damals vor allem die zwischen Nord und Süd gemeint. Das ist und bleibt richtig. Heute würde ich hinzufügen: So sehr Christen damals darauf bestanden, dass die Völker des Südens uns nicht nachzuahmen brauchten, so offenkundig ist es heute, dass wir von dem lernen können, lernen müssen, was in nicht wenigen Gesellschaften dort vor sich geht, vor allem in Lateinamerika, aber auch in Afrika und Asien. Es war die marktradikale Welle, die dort die Gesellschaften vollends gespalten, die Staaten hilflos, handlungsunfähig gemacht, die Privatisierung der Gewalt in Gang gesetzt, zumindest beschleunigt hat. Wer heute in die Vereinigten Staaten von Amerika schaut, kann sehen, dass solche Spaltung auch in reichen Industrieländern möglich ist. Es gibt dort Städte, in denen auf einen Polizisten ein halbes Dutzend Angestellte privater Sicherheitsdienste kommen. Wo die innere Sicherheit, der Schutz vor Verbrechen zu einer käuflichen Ware wird, die wenige sich leisten können und die meisten nicht, bekommt die Ungleichheit, auch die Ungerechtigkeit eine neue Dimension, eine die Gesellschaft spaltende Dimension. Weil dem so ist, muss die Sozialdemokratie die öffentliche Verantwortung für die innere Sicherheit als notwendigen Teil eines modernen Sozialstaates verstehen.

Mir ist bewusst, wo ich spreche: In einem wohlgeordneten Land, in dem ich selbst vor 60 Jahren von großartigen Frauen und Männern gelernt habe, was Demokratie ist und dem ich für immer dankbar bin. Aber in Peru, Guatemala oder Kolumbien, in Kairo oder Johannesburg können die Menschen nur träumen von dem, was hier politische Vernunft und das Drängen der Sozialdemokraten erreicht hat. Auch eine hochmoderne Gesellschaft kann auseinanderdriften.

Hier liegt die Aufgabe Europas. Wir Europäer müssen zeigen, wie man eine Gesellschaft zusammenhält dadurch, dass jeder und jede nicht nur Freiheitsrechte genießt, sondern auch etwas damit anfangen kann und sich deshalb dieser Gesellschaft zugehörig und auch verpflichtet fühlt. Wir müssen überdies beweisen, dass eine solche solidarische Gesellschaft sich wirtschaftlich behaupten kann.

Und hier, im Basler Münster, füge ich hinzu: Wenn wir dies tun, befinden wir uns nicht nur auf einem Weg in eine gute, friedliche Zukunft, wir stehen dann auch in einer Tradition von mehr als zwei Jahrtausenden. Nie hat europäische Ethik gefragt, wie einer den anderen übertrumpfen oder gar ausschalten kann. Immer ging es darum, wie wir uns richtig zum Nebenmenschen, zum Nächsten verhalten, uns ihm zuwenden. Was Paulus den Galatern geschrieben hat: "Einer trage des andern Last!" wäre weder bei Erasmus von Rotterdam noch bei Immanuel Kant auf Widerspruch gestoßen. Es waren und sind die Marktradikalen, die sich aus dieser Tradition verabschiedet haben. Die Sozialdemokraten Europas, auch die, die sich keiner Kirche zugehörig fühlen, sind und bleiben in dieser Tradition. Es ist eine Tradition, in der Gerechtigkeit Frieden schafft und Frieden die Chance der Gerechtigkeit.

Ich bedanke mich dafür, dass ich im Basler Münster sprechen durfte.